

Ausgabe  
4/2017

# Bayerische Sozialnachrichten

Mitteilungen der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern



Foto: Pixabay

## Alt, arm und...?



*Liebe Leserin,  
Lieber Leser,*

„Wer den Armen wirklich helfen will muss sich für Regelungen einsetzen, die die Armen auch erreichen“.

Vorgelagerte Sicherungssysteme gilt es zu stärken, aber das allein reicht nicht. Die Grundsicherung sieht Prof. Dr. Georg Cremer als solches Instrument, das weiter zu entwickeln ist. Als Stellschrauben nennt er Freibeträge in Abhängigkeit vom Umfang der Erwerbstätigkeit, statt Anrechnung der gesamten gesetzlichen Rente auf die Grundsicherung, wie auch eine Anhebung der Vermögensfreigrenzen.

Die Stärkung der gesetzlichen Rente steht für Dr. Verena di Pasquale ganz oben auf der Agenda. Eine Absenkung der gesetzlichen Rente auf unter 42 Prozent bis 2045 darf es nicht geben. Vielmehr ist das Rentenniveau auf aktuellem Stand zu stabilisieren und auf 50 Prozent anzuheben. Sie zeigt auf, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

Die anstehenden Koalitionsverhandlungen nach den Wahlen sind für Fritz Blanz, Fachreferent im Diakonischen Werk Bayern wichtiger Ansatzpunkt für Politik und Verbände. Diskutierte Konzepte zur Mindestrente, Solidarrente oder Grundrente, die alle über der Grundsicherung im Alter liegen, sind richtige Ansätze, um der weiterhin stark steigenden Altersarmut zu begegnen.

Mahnend weißt Dr. Kurt Gribl, Präsident des Bayerischen Städtetags, darauf hin: „Am insgesamt gestiegenen Wohlstand der Gesellschaft nehmen nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen teil“.

Den bitteren Alltag im Kontext der chronisch leeren Geldbörse beschreiben dann auch die Berichte aus der Praxis.

Es ist Zeit, das grundsätzliche Vertrauen in die gesetzliche Rente zu stärken und den Anforderungen der jungen Generation gerecht zu werden.

Eine Aufgabe, die alle Autoren mit dieser Ausgabe unseren Politikern ins Stammbuch schreiben.

Hendrik Lütke

## INHALT

### Altersarmut

Grundsicherung im Alter - nicht diskreditieren, sondern weiterentwickeln S. 3

Rente muss für ein gutes Leben reichen S. 5

### Zwischenruf

Altersarmut - am insgesamt gestiegenen Wohlstand der Gesellschaft nehmen nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen teil S. 7

Armut im Alter - sie kommt! S. 8

### Praxis

Altersarmut: Eine Betroffene erzählt von ihrem Schicksal S. 10

Die Tafeln: Wenn das Geld nicht mehr fürs Essen reicht S. 12

**Panorama** S. 14

### Praxis

Energiearmut – ein wachsendes Problem für Menschen mit geringem Einkommen S. 16

**Bücher** S. 18

**Mitgliedsorganisationen** S. 19

Fachtag „Gemeinsam geht mehr“ S. 24

# Grundsicherung im Alter – nicht diskreditieren, sondern weiterentwickeln

**Die** Grundsicherung im Alter wurde 2003 von der Rot-Grünen Koalition eingeführt. Damit wurde das Hilfesystem für arme alte Menschen substantiell verbessert. Denn der Rückgriff auf das Einkommen der Kinder, der bis dahin in der Sozialhilfe erfolgte, wurde faktisch aufgehoben (dieser erfolgt nur bei Kindern mit einem Einkommen von über 100.000 Euro pro Jahr). Ausschlaggebend für die Neuordnung war, dass viele ältere Arme bis dahin keine ergänzende Sozialhilfe beantragt hatten, um ihren Kindern nicht zur Last zu fallen. Der Gesetzgeber wollte somit verdeckte Armut bekämpfen. Die Reform entsprach langjährigen Forderungen sozialpolitisch engagierter Verbände.

Entsprechend der Intention des Gesetzgebers stieg nach 2003 die Zahl der Grundsicherungsempfänger im Alter deutlich an, die verdeckte Armut ging zurück. In der deutschen Sozialstaatsdebatte wird die Einführung der Grundsicherung im Alter aber nicht auf der Habenseite verbucht. Im Gegenteil. Der Anstieg der Empfängerzahlen gilt als Indikator einer wachsenden sozialen Schieflage.

Wie kann das sein, dass eine von Sozialverbänden einmütig geforderte Reform dann der Politik als Indiz ihres Versagens um die Ohren gehauen wird? In der öffentlichen Debatte gilt die Zahl der Empfänger von Grundsicherungsleistungen als wichtiger Armutsindikator (neben der Armutsrisikoquote). Wer Transferleistungen bezieht, ist damit arm. Folglich gilt dann: Je höher diese Zahl, desto schiefer die soziale Lage des Landes.

Aber diese Gleichsetzung führt zu gedanklichen Fallstricken. Darauf hat schon Anfang der 1980er Jahre Amartya Sen sehr deutlich hingewiesen. Er sprach von der „Perversität“ dieses Armutsmaßes: Hebt die Regierung, um Armut zu bekämpfen, die Grundsicherung an, so wächst zwangsläufig die Zahl ihrer Bezieher. Scheinbar wächst die Armut, obwohl sie doch besser bekämpft wird. Umgekehrt würde eine Senkung der Grundsicherung die Zahl der Bezieher verringern und damit zu dem Eindruck führen, die Armut sei gesunken, die Hilfe für Arme nehme also in ihrer Bedeutung ab.



Wenn wir armen Menschen zielgenau helfen wollen, dürfen wir existenzsichernde Transfersysteme nicht diskreditieren. Von zentraler Bedeutung ist die Höhe der Grundsicherung. Die Wohlfahrtsverbände schlagen auf Grundlage unterschiedlicher Berechnungen eine Erhöhung vor, mal mehr, mal weniger. In der Konsequenz würden erheblich mehr Beschäftigte in Teilzeit oder mit Niedriglöhnen und Bezieher von Minirenten ergänzende Hilfe erhalten. Bei einer unreflektierten Verwendung der Zahl der Transferempfänger als Armutsindikator würden die sozialen Probleme dann scheinbar zunehmen. Aber natürlich wäre eine Erhöhung der Hilfe ein sehr wichtiger Schritt dahin, dass die Grundsicherung Armut nicht nur bekämpft, sondern auch überwinden kann.

Die Zahl der Transferempfänger stiege auch, wenn wir erfolgreicher wären, verdeckte Armut zu bekämpfen. Die Fehlinformation, bei der Grundsicherung im Alter würden die Kinder in Regress genommen, ist weiterhin verbreitet. Der Gesetzgeber hat die Träger der Rentenversicherung und der Grundsicherung gesetzlich zur Beratung und Hilfe bei der Antragstellung verpflichtet, Minirentner erhalten von der Rentenversicherung ein Antragsformular für die Grundsicherung. Also auch hier ist der Sozialstaat nicht untätig geblieben. Dennoch dürfen wir uns nicht mit dem verbliebenen weiterhin hohen Ausmaß verdeckter Armut abfinden.

Eine latente oder gar offene Diskreditierung der Grundsicherung kann die Reformdebatte in die fal-

sche Richtung lenken. Das zeigte sich im Vorfeld der Bundestagswahl 2017. Die Forderung, das sogenannte Rentenniveau (eigentlich eine Rentenquote) zu erhöhen, wurde immer wieder mit dem Verweis auf steigende Altersarmut begründet und damit der Eindruck erweckt, die geforderte Rentenerhöhung diene vorrangig den Armen.



Georg Cremer:

**Armut in Deutschland.**

**Wer ist arm?**

**Was läuft schief?**

**Wie können wir handeln.**

Verlag: C.H. Beck

2. Auflage 09-2017

16,95 Euro

ISBN-10: 3406699227

ISBN-13: 978-3406699221

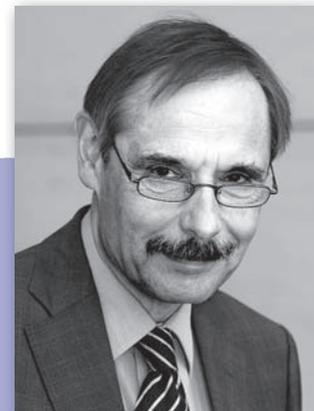
Derzeit beziehen etwas über drei Prozent der Menschen im Rentenalter Grundsicherungsleistungen. Häufig sind es Personen, die bereits im erwerbsfähigen Alter ein hohes Armutsrisiko hatten, da sie keine Ausbildung haben oder nur eine gebrochene Berufsbiographie und damit große Lücken bei ihren Versicherungsbeiträgen aufweisen, sowie überproportional auch nicht abgesicherte Selbständige. Auch wer sein ganzes Berufsleben auf Mindestlohniveau arbeitet, wird ergänzende Grundsicherung benötigen, wenn er nicht mit einem besser gestellten Partner zusammenlebt oder auf andere Einkommen zurückgreifen kann. Auch wird es nicht bei den heutigen drei Prozent Grundsicherungsbezieher bleiben, unter anderem, weil in nächster Zeit viele in Rente gehen werden, die in den langen Jahren hoher Arbeitslosigkeit nach der Wiedervereinigung nur eine durchbrochene Berufsbiographie hatten.

Eine 2017 vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, und dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim, für die Bertelsmann-Stiftung vorgenommene Abschätzung weist in einem Basisszenario einen Anstieg der Grundsicherungsquote im Rentenalter von 5,4 Prozent im Zeitraum 2015 bis 2020 auf 7,1 Prozent im Zeitraum 2031 bis 2036 aus. Der höhere Ausgangswert ergibt sich daraus, dass der hier gewählte methodische Ansatz im Gegensatz zur amtlichen Statistik verdeckte Arme miterfasst.

Was aber passiert, wenn man das Rentenniveau für alle anhebt? Die Bezieher guter Renten bekämen deutlich

mehr, Menschen mit Minirenten bekämen nur kleine Zuschläge. Einige wenige würden über die Schwelle des soziokulturellen Existenzminimums gehoben. Aber die meisten der bisherigen Grundsicherungsempfänger wären auch weiterhin auf ergänzende Hilfe angewiesen. Sie erhielten genauso viel wie jetzt, weil ihnen bei der Berechnung der Grundsicherung genau der Mehrbetrag wieder abgezogen würde, den ihnen die Rentenerhöhung brächte. Natürlich ist es legitim, sich für ein höheres Rentenniveau einzusetzen (wie groß die Spielräume hierfür sind, kann hier nicht diskutiert werden). Aber man sollte eine Maßnahme, die vorrangig alten Menschen mit mittleren Einkommen nutzt, nicht mit dem Kampf gegen Altersarmut begründen. Wer den Armen wirklich helfen will, muss sich für Regelungen einsetzen, die die Armen auch erreichen. Rentnern, die lange erwerbstätig waren, sollte man nicht die gesamte gesetzliche Rente auf die Grundsicherung anrechnen, sondern Freibeträge in Abhängigkeit vom Umfang der Erwerbstätigkeit festlegen. Dann hätte jeder, der über lange Zeit sozialversicherungspflichtig gearbeitet hat, im Alter mehr als der, der dies nur wenige Jahre oder nie tat. Dies würde gleichzeitig zur Sicherung der Akzeptanz der gesetzlichen Rente beitragen. Auch eine weitere Erhöhung der Vermögensfreigrenzen (zum 1. April 2017 erhöht auf 5.000 Euro) würde armen Alten helfen. Eine Verbesserung wäre auch, wenn die Rentenversicherung die bei einer bedarfsgeprüften Grundsicherung erforderliche Einkommens- und Vermögensprüfung durch den Grundsicherungsträger veranlassen und die ergänzende Hilfe mit der Rente ausgezahlt würde.

So wichtig es ist, vorgelagerte Sicherungssysteme zu stärken: Auf eine Grundsicherung, die Arme zielgerichtet unterstützt, können wir nicht verzichten. Also sollten wir sie nicht diskreditieren, sondern weiterentwickeln.



**Prof. Dr. Georg Cremer**

Email: [mail@georg-cremer.de](mailto:mail@georg-cremer.de)

[www.georg-cremer.de](http://www.georg-cremer.de)

# Rente muss für ein gutes Leben reichen – Kurswechsel in der Rente statt sozialen Abstieg und Armut im Alter

**Die** Rente ist ein vieldiskutiertes Thema für Beschäftigte, egal ob Jung oder Alt. Sie brauchen im Alter und bei Erwerbsminderung einen Ersatz für ihr entfallendes Einkommen. Dabei geht es nicht nur darum, ein Dach über dem Kopf zu haben, sondern auch den erreichten Lebensstandard zu halten. Konkret geht es um eine Absicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die ihnen ein Leben in Würde ermöglicht. Aktuell erleben wir eine steigende (Alters-) Armut. Auch im reichen Bayern sind immer mehr ältere Menschen von Armut bedroht. Um hier einen Riegel vorzuschieben und einen sozialen Abstieg oder gar Armut im Alter zu verhindern, ist ein Kurswechsel in der Rentenpolitik notwendig. Die gesetzliche Rente hat die Funktion Schutz im Alter und bei Erwerbsminderung zu bieten. Doch kann sie dieser Aufgabe immer weniger nachkommen. Wer kennt nicht die Bilder von älteren Menschen, die sich in den Tafeln für Lebensmittel anstellen müssen, weil die Rente nicht zum Leben reicht. Und auch die Suche nach Pfandflaschen in den Mülltonnen, zeugt heute bereits von der Not vieler Menschen im Alter. Wenn ältere Menschen noch einem Minijob neben der Rente nachgehen, dann hat das bei vielen von ihnen nicht den Hintergrund damit noch ein Mehr an Kommunikation und Abwechslung im Alter zu haben. Vielmehr sind sie dazu gezwungen, mit einem Minijob ihre niedrige Rente aufzubessern. Ohne rentenpolitisches Umsteuern wird die Altersarmut in den kommenden Jahren stark ansteigen. Daher muss die Stärkung der gesetzlichen Rente ganz oben auf der politischen Agenda stehen. Das gilt gerade auch mit Blick auf die laufenden Koalitionsverhandlungen. Damit die Rente ihrer Lohnersatzfunktion auch nachkommen kann, ist es erforderlich das Rentenniveau auf dem heutigen Stand zu stabilisieren und anschließend deutlich anzuheben.

## Altersarmut in Bayern steigt

Nach neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamts ist die Zahl der armutsgefährdeten älteren Menschen in Bayern erneut angestiegen. Im Jahr 2016 waren demnach 18,8 Prozent der Männer und 24,5 Prozent der Frauen über 65 Jahren von Armut bedroht. Damit lag der Anteil jeweils deutlich über dem Landesdurchschnitt von 14,9 Prozent. Vor zehn Jahren waren es bei den älteren Männern noch 14,9 Prozent, bei den Frauen 19,6 Prozent. Diese Entwicklungen zeigen deutlich den Handlungsbedarf.



**Verena di Pasquale**  
Stellvertretende Vorsitzende, DGB Bayern  
Email: Verena.DiPasquale@dgb.de

Auch der „Rentenreport Bayern“, den der DGB Bayern alle zwei Jahre vorlegt, weist auf dringende rentenpolitische Reformen hin. Gerade in der Rentenkampagne des DGB im Vorfeld der Bundestagswahl hat dieser eine große Rolle gespielt. Nach diesem Report bekommt ein Mann, der 2015 in Bayern in Rente gegangen ist, durchschnittlich 1.049 Euro und eine Frau durchschnittlich 616 Euro Altersrente. Hierbei handelt es sich um Durchschnittswerte. Das bedeutet, dass sicher ein paar auch eine höhere Rente haben; sehr viele haben aber auch viel weniger als der Durchschnitt und müssen versuchen, damit irgendwie über die Runden zu kommen. Der Vergleich der Rentenhöhen zwischen Männern und Frauen zeigt einmal mehr die höhere Armutsgefährdung der Frauen. Viele Frauen sind nach wie vor weit entfernt von einer existenzsichernden Alterssicherung. Mehr als Dreiviertel der Frauen erhalten eine Altersrente unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle von 1.025 Euro (in 2015). Auch für rund ein Drittel der Männer ist das bittere Realität. Ohne zusätzliche Einkommen oder die Möglichkeit auf Vermögen zurückzugreifen, wird es für all diese Menschen schwierig im Alter am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.

Noch schlechter sieht es für diejenigen aus, die wegen gesundheitlicher Probleme ihren Beruf nicht mehr ausüben können und deshalb gezwungen sind ganz oder teilweise aus dem Arbeitsleben auszusteigen. Im Jahr 2015 erhielten 65 Prozent der Männer und 79 Prozent der Frauen eine Erwerbsminderungsrente unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Bei Männern waren es

durchschnittlich 751 Euro, bei Frauen durchschnittlich sogar nur 664 Euro. Das Rentenpaket aus dem Jahr 2014, durch das die Zurechnungszeiten um zwei Jahre verlängert wurden, führte zu leichten Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente. Dennoch trägt die Erwerbsminderungsrente für viel zu viele Menschen nicht zur Armutsvermeidung bei, sondern bleibt auf einem viel zu niedrigen Stand. Deshalb braucht es weitere Maßnahmen, um die Erwerbsminderungsrente zu stärken. Insbesondere müssen die Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente abgeschafft werden.

### Das Rentenkonzept des DGB

Um zu verhindern, dass sich Altersarmut zukünftig dramatisch ausbreitet, braucht es rentenpolitische Veränderungen. Eine starke gesetzliche Rentenversicherung bei einem stabilen Rentenniveau ist erreichbar. Der DGB hat im Herbst 2016 eine Rentenkampagne unter dem Motto „Kurswechsel jetzt: Die gesetzliche Rente stärken“ gestartet. Rechtzeitig vor der Bundestagswahl hat der DGB auf die Folgen eines sinkenden Rentenniveaus hingewiesen und ein Rentenkonzept vorgelegt, mit dem Altersarmut wirksam verhindert werden kann. Dreh- und Angelpunkt ist das stetig sinkende Rentenniveau.

Für immer mehr Menschen in Bayern reicht die Rente nicht mehr zum Leben, weil das Niveau der gesetzlichen Rente immer weiter abgesenkt wird. Lag es im Jahr 2000 noch bei 53 Prozent, sind es jetzt noch 48 Prozent. Die aktuelle Gesetzeslage sieht vor, es bis 2045 auf unter 42 Prozent abzusinken. Bei einem sinkenden Rentenniveau werden immer mehr Beitragsjahre notwendig, um eine bestimmte Rentenhöhe zu erreichen. Für Niedriglohnbeschäftigte oder bei wenigen Beitragsjahren - bei Brüchen im Erwerbsleben durch Arbeitslosigkeit, Krankheit, etc. - wird es immer schwieriger eine Rente zu erreichen, die über dem Niveau der Grundsicherung liegt. Im Gegenzug zum sinkenden Rentenniveau steigen die Beitragssätze. Höhere Beiträge bei sinkender Leistung ist alles andere als ein attraktives Angebot an die Beschäftigten.

Doch es geht auch anders: Zuerst gilt es, das Rentenniveau auf dem aktuellen Stand zu stabilisieren und es anschließend auf 50 Prozent anzuheben. So gelingt es zukünftig eine auskömmliche Rente zu sichern. Auch die Vorschläge des DGB sehen steigende Beiträge vor. Allerdings würde der Beitragssatz innerhalb der nächsten 30 Jahre schrittweise auf 25 Prozent steigen. Das sind rund 1,5 Prozentpunkte mehr als ohnehin bis 2045 prognostiziert. Dem stünden aber Leistungsverbesserungen gegenüber: Wer heute Ende 30 ist und in den 2040er-Jahren in Rente geht, könnte mit etwa 250 Euro mehr Rente im Monat rechnen (in heutigen Werten).

Daneben müssten die Bundeszuschüsse um rund zwei Milliarden Euro mehr erhöht werden als bislang vorgesehen. Auch muss Schluss sein mit dem Griff in die Rentenkasse wie etwa bei der Mütterrente. Als versicherungsfremde Leistung ist sie gesellschaftlich, also über Steuern und nicht über Beitragsmittel zu finanzieren. Das Kindergeld wird schließlich auch nicht aus der Rentenkasse gezahlt. Allein die Mütterrente kostet die BeitragszahlerInnen jedes Jahr etwa 7 Milliarden Euro. Ebenso ist die vorgesehene Angleichung der Ost- an die Westrenten aus Steuermitteln zu finanzieren.

Weitere Verbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten sind nötig. Hierzu zählt insbesondere die Abschaffung der lebenslangen Abschläge. Zudem würde die langfristige Weiterentwicklung zu einer Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen, die Finanzierungsbasis der gesetzlichen Rentenversicherung verbreitern. In einem ersten Schritt sind (Solo-) Selbständige in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Das stärkt zudem die Schutzfunktion, wenn so auch diese Personengruppe für ihr Alter vorsorgt.

Ein solcher Kurswechsel in der Rentenpolitik ist finanzierbar und gerecht. Bei unseren Forderungen haben wir zudem die Mehrheit der jungen Menschen auf unserer Seite. Denn auch die Jungen wollen Sicherheit im Alter. 79 Prozent der 18- bis 29-Jährigen sind bereit, höhere Beiträge zu zahlen, wenn damit die gesetzliche Rente verbessert wird. Es ist Zeit, dieses grundsätzliche Vertrauen in die gesetzliche Rente zu stärken und den Anforderungen der jungen Generation gerecht zu werden.

CDU/CSU hingegen sehen bis 2030 keinen Handlungsbedarf beim Thema und wollen es erst einmal in einer Rentenkommission diskutieren lassen. Bis dort Vorschläge ausgearbeitet werden, liefere alles weiter wie bisher. Das beinhaltet den schleichenden Wertverlust der gesetzlichen Rente, den finanziellen Rückzug der Arbeitgeber und die Privatisierung der Alterssicherung. Ein solches Aussitzen der rentenpolitischen Herausforderungen wäre das falsche Signal. Ganz oben auf der politischen Agenda muss stehen: „Rente muss für ein gutes Leben reichen“.

Dabei kann die Rentenpolitik nicht all das reparieren, was zuvor am Arbeitsmarkt schief gelaufen ist. Denn Armut, auch Altersarmut, entsteht am Arbeitsmarkt. Gute Arbeit und gute Rente sind zwei Seiten einer Medaille. Deshalb brauchen wir auch eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt. Wie so oft ist nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität entscheidend. Das bedeutet bei all den Höchstständen am Arbeitsmarkt, dass wir nicht einfach Arbeit brauchen, sondern Gute Arbeit, von A wie anständiges Gehalt, bis Z wie Zeitsouveränität für die Beschäftigten. So geht sozial gerechte Politik!

## „Altersarmut – am insgesamt gestiegenen Wohlstand der Gesellschaft nehmen nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen teil“

**Die** Veränderungen in der Arbeitswelt und der demographische Wandel stehen im engen Zusammenhang mit dem sozialen Wandel der Gesellschaft: Am insgesamt gestiegenen Wohlstand der Gesellschaft nehmen nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen teil. Dies zeigt sich in der sozialen Polarisierung. So galten ausweislich des Vierten Bayerischen Sozialberichts im Jahr 2015 im Freistaat Bayern 11,6 Prozent der Bevölkerung als armutsgefährdet. Besonders betroffen sind Erwerbslose, Niedrigqualifizierte, Alleinlebende, Alleinerziehende, Familien mit mehreren Kindern sowie Personen mit Migrationshintergrund. Gleichzeitig ist seit einigen Jahren eine deutliche Zunahme der Altersarmut zu beobachten. Nach einem Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung vom Juni 2017, der im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung erarbeitet wurde, wird das Altersarmutsrisiko von etwa 16 Prozent in den Jahren 2015 bis 2020 auf 20 Prozent in der zweiten Hälfte der 2030er Jahre zunehmen.

Schon im Jahr 2015 kam eine Bertelsmann-Studie zu dem Ergebnis, dass Bayern zu den Bundesländern mit hohen Armutsgefährdungsquoten im Alter, wovon besonders viele Frauen ab 65 Jahren betroffen sind, zählt. Als mögliche Gründe hierfür werden die niedrigen Beschäftigungsquoten von Frauen in der Vergangenheit, ein hoher Anteil Teilzeitbeschäftigter oder geringfügig Beschäftigter, die auf eine insgesamt geringere Zahl an Arbeits- und Versicherungsjahren

kommen und weniger Renteneinkunftspunkte erreichen sowie vermutlich auch unterdurchschnittliche Einkommen bei landwirtschaftlichen Tätigkeiten angeführt.

Neben prekären oder gebrochenen Erwerbsbiografien und der Höhe des Rentenniveaus macht sich auch die zunehmende Singularisierung bemerkbar. So liegt der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten bayernweit bereits bei über 40 Prozent. Fast ein Fünftel der bayerischen Bevölkerung lebt allein. In Großstädten liegt dieser Wert nochmals höher. Mehrgenerationen-Haushalte sind im Gegensatz dazu rückläufig.

Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger mit Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nahm daher in der Vergangenheit auch in bayerischen Gemeinden stark zu, stagniert aber derzeit: Ende 2016 erhielten in Bayern 69.262 Personen Grundsicherung im Alter (2015: 70.708) und 52.708 Personen Grundsicherung bei Erwerbsminderung (2015: 52.757). Zuständig für die Sozialleistungen, die das soziokulturelle Existenzminimum für ältere Menschen absichern sollen, sind die Sozialämter (kreisfreie Städte und Landkreise). Die Nettoausgaben für die Geldleistungen werden jedoch seit 2014 zu 100 Prozent vom Bund erstattet. Diese Entlastung der kommunalen Haushalte war aufgrund der zuvor stark angestiegenen Ausgaben ein wichtiger und richtiger Schritt.

Insbesondere in den wirtschaftlich prosperierenden Ballungszentren, mit ihren vergleichsweise hohen Lebenshaltungskosten, wird Al-



**Oberbürgermeister  
Dr. Kurt Gribl**

Vorsitzender des Bayerischen Städtetag  
Email: [vorsitzender@bay-staedtetag.de](mailto:vorsitzender@bay-staedtetag.de)

tersarmut zu einer besonderen Herausforderung. Zugleich führt die Singularisierung zu einer wachsenden Wohnraumnachfrage, zeigt sich aber auch in einer Abnahme familiärer Netzwerke, die mit einem sinkenden Potential an Unterstützung bis hin zu häuslicher Pflege einhergeht. Dem wird durch seniorenpolitische Gesamtkonzepte, vorausschauendes Quartiersmanagement zur Vermeidung räumlicher Segregation, Bemühungen zur Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum für alle zu unterstützenden Personengruppen und großem Engagement vor Ort in den Kommunen begegnet. Gleichwohl bleibt die Frage der Altersarmut auch für Bund und Land ein wichtiges Thema, zumal mit einer nicht näher zu beziffernden Zahl älterer Menschen zu rechnen ist, die ihren Anspruch auf Grundsicherung, etwa aufgrund von Informationsdefiziten oder Stigmatisierungsängsten, nicht wahrnehmen.



66.900 Menschen lebten im Jahr 2014 in Bayern von der Grundsicherung im Alter, mit steigender Tendenz – davon 27.000 in Oberbayern und 18.436 allein in München.<sup>1</sup> Die über 65-Jährigen weisen in Bayern ein extrem hohes Armutsrisiko auf. Nur Saarland und Rheinland übertreffen die Werte<sup>2</sup>.

Bereits vor über zehn Jahren wurde das Thema Armut im Alter durch unterschiedliche Studien aufgegriffen. Eine bedeutende Untersuchung gab das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) im Jahre 2007 heraus<sup>3</sup>. Dort berichtet sie, dass wir in der Altersgruppe der 50-Jährigen (heute 60-Jährigen) eine Wende in der Rentensicherung erleben werden. Die heute über 60-Jährigen können mit einer weitgehend stabilen Alterssicherung rechnen und ihre Beiträge sowie Beitragsjahre reichen aus, um eine Rente über der Armutsgrenze sicherzustellen. Anders die „Jüngeren“, die aufgrund von Erwerbsbrüchen, wiederholter Arbeitslosigkeit durch Firmenpleiten, den Niedriglohnsektor und prekärer Beschäftigungsverhältnisse sowie eine unzureichende Absicherung durch Betriebsrenten und privater Vorsorge mit erheblichen Einbußen rechnen müssen. Wir können ab etwa 2025 damit rechnen, die die Altersarmut steil ansteigen wird.

Das Problem ist erkannt. In den Folgejahren fanden

von fast allen Verbänden Untersuchungen statt. Es wurden Symposien einberufen und Lösungsstrategien erarbeitet. Schon bald rückten bestimmte Personengruppen in das Blickfeld, die von Altersarmut besonders betroffen sind. Überdurchschnittlich wird es Frauen treffen, die durch Kindererziehungszeiten oder als pflegende Angehörige weniger Jahre in die Anwartschaft einbringen. Für sie trifft auch das Argument des Niedriglohnsektors zu, wo in klassischen Frauenberufen wie z. B. die Kassiererin im Supermarkt zu wenig bezahlt wird. Tritt im Lebenslauf eine Scheidung ein, so verschärft das die Lage erklarend, besonders wenn sie als allein Erziehende ihren Lebensalltag bewältigen müssen und vor der großen Herausforderung stehen, Beruf und Familie zu vereinbaren. Eine weitere Gruppe werden Menschen mit Migrationshintergrund sein, weil sie überdurchschnittlich als Hilfskräfte mit geringer Qualifikation arbeiten und nur wenige einen akademischen Grad erreichen. Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren und längere Zeit ohne Erwerbseinkommen leben müssen (Langzeitarbeitslose über 55) bilden die nächste Risikogruppe. Ihnen fehlen wichtige Beitragsjahre, die später das Rentenniveau nach unten drücken. Zusammenfassend lässt sich sagen: Eine alleinerziehende Frau mit Migrationshintergrund trägt ein hohes Risiko und muss mit Altersarmut rechnen. Andere, noch zu wenig beachtete Untersuchungen behandeln das Thema Altersarmut und

Pflege – oder was bedeutet Altersarmut und Pflege für Menschen auf dem Land, wie es die Präsidentin des Bayerischen Landfrauentag Hildegund Rüder im Juli 2013 thematisierte.<sup>4</sup>

Gut, dass die Bundestagswahlen stattfanden, denn alle Parteien mit Regierungschancen haben das Thema mehr oder weniger intensiv aufgegriffen. Dabei sehen die Konzepte noch sehr unterschiedlich aus und es wird spannend sein, welche Linie sich in den Koalitionsverhandlungen durchsetzt. Die Mindestrente/Solidarrente/Grundrente, deren Höhe unterschiedlich benannt wird, die aber über der Grundsicherung im Alter liegen soll, befürworten die meisten Parteien. Es ist auch eine Stärkung sowohl der betrieblichen als auch der privaten Altersvorsorge zu erkennen sowie der Schutz der Rücklagen vor Spekulationen auf dem Kapitalmarkt. Im Renteneintrittsalter gibt es noch große Unterschiede, wie z. B. ein Flexibles Eintrittsmodell mit unbegrenztem Zuverdienst (FDP) oder die Festlegung des Rentenalters auf 67 (Bündnis 90 / Die Grünen). Die Anerkennung von Erziehungszeiten soll ausgeweitet werden (CSU).

Es bleibt aber die Frage, ob die geplanten Maßnahmen ausreichend sind. Denn wer will Kapital in der privaten Vorsorge bilden, wenn das Einkommen gerade so zum Leben reicht. Oder wie will man Unternehmen für eine Betriebsrente gewinnen, wenn sie ohnehin mit Niedriglöhnen oder prekären Beschäftigungsverhältnissen das größtmögliche Einsparpotential suchen?!<sup>5</sup> So weist der Vorschlag der CSU, möglichst rasch eine Rentenkommission einzuberufen, in die richtige Richtung. Denn zum jetzigen Zeitpunkt sind die angedachten Maßnahmen nicht mehr als kleine Pflaster auf eine große Wunde. Auch der Mindestlohn mag helfen, dass die Spirale nach unten gebremst wurde. Allerdings gibt es Berechnungen, dass der Mindestlohn heute bei über 17 Euro liegen müsste, um Altersarmut zu verhindern. Davon sind wir noch weit entfernt. Egal ob Menschen im Alter Grundsicherung bekommen oder ob das Rentenvorsorgesystem staatlich stärker gefördert wird, wir werden zur Rentensicherung einen höheren Betrag aus Steuergeldern einfordern müssen.

Die Träger der Freien Wohlfahrt stellen aufgrund ihrer Erkenntnisse entsprechende Forderungen auf. So will z. B. die Diakonie Erwerbseinkommen und Rentenbeitragszahlungen sichern, eine steuerfinanzierte gesetzliche Mindestrente garantiert wissen und ergänzende Reformen bei der Grundsicherung im Alter umsetzen.<sup>6</sup> Darüber hinaus fordert der Deutsche

Caritasverband: Private Vorsorge darf im Alter nicht wie bisher zur Kürzung der Grundsicherung führen. Mindestens 100 Euro aus der privaten Vorsorge müssen alten Menschen zusätzlich zur Grundsicherung bleiben. Er ist überzeugt, dass die „Altersarmut bleibt – trotz vieler Rentenkonzepte“<sup>7</sup>.

Die breit angelegte Diskussion, die 2013/2014 einen Höhepunkt erreichte und in allen Verbänden der Wohlfahrt diskutiert wurde, ist noch nicht zu einem schlüssigen Ende gekommen. Die politischen Lösungsansätze der Parteien greifen noch zu kurz. Hier gibt es noch viel zu tun - am besten in einem breiten Bündnis von Politik und Freier Wohlfahrt. Die einen kennen die politischen Instrumente, die anderen erfahren täglich die Lebenslagen der Menschen.



### Fritz Blanz

Diakonisches Werk Bayern e.V.  
Kirchliche allgemeine Sozialarbeit -  
Armutsfragen, Partnerschaftsarbeit,  
Katastrophenhilfe  
Email: blanz@diakonie-bayern.de

#### - Fußnoten -

<sup>1</sup>Anfrage Bayerischer Landtag, Drucksache 17/10297 von 01.04.2016

<sup>2</sup>Bertelsmann Stiftung „Altersarmut in Deutschland – regionale Verteilung und Erklärungsansätze 4/2015

<sup>3</sup>Einmal arm – immer arm, IAB Kurzbericht, 20.08.2007

<sup>4</sup>Bayerischer Landfrauentag, Armutsfälle Pflege, Drucksache 6883.01-1/24

<sup>5</sup>Siehe auch Prof. Dr. Walter Hanesch, Hochschule Darmstadt, Expertise für den VDK Thüringen, Juli 2010, S. 21

<sup>6</sup>Diakonie Deutschland, Prävention und Bekämpfung von Altersarmut, Texte 08-2013

<sup>7</sup>Neue Caritas 3/2013

# Altersarmut: Eine Betroffene erzählt von ihrem Schicksal



Foto: pixabay

***Ilona V. steht kurz vor der Rente und hat so gut wie nichts. Wie so viele künftige Rentner, fürchtet sie sich vor der Altersarmut. Das ist ihre Geschichte.***

Von William Harrison-Zehelein

Nördlingen. Ilona V. (Name von der Redaktion geändert) schlägt die Hände über den Kopf zusammen. Sie weiß nicht mehr weiter und hat Angst vor der Zukunft. Der Alleinstehenden steht etwas bevor, was immer mehr Menschen in Zukunft drohen könnte: die Armut im Alter.

Mit leerem Blick nippt die 60-Jährige vorm Café Ihle an ihrem Kaffee. Ihr blond gefärbtes Haar ist ordentlich nach hinten gekämmt, dezentes Make-up versteckt Unebenheiten der Haut. Ilona ist ordentlich gekleidet, trägt ein braunes Lederjäckchen mit grünem Schal und sieht ein wenig jünger aus, als sie tatsächlich ist. Man sieht dieser Frau die Armut nicht an. Das täuscht.

## Ilona V. bleiben 300 Euro im Monat zu leben

Ilona lebt von Hartz IV, rund 540 Euro im Monat. Seit zehn Jahren ist sie arbeitslos, kann seit mehreren Operationen an der Hüfte und am Arm nicht mehr in Vollzeit arbeiten. Ihr steht zukünftig eine Rente von rund 480 Euro bevor. 180 Euro davon gehen für die Miete ihrer Sozialwohnung in Nördlingen weg – bleiben 300 Euro im Monat zum leben. Ihre Aussichten sind düster.

Ilona kommt ursprünglich aus Norddeutschland, machte eine Ausbildung zur Verkäuferin in Braunschweig. Vor 21 Jahren kam sie wegen der Arbeit als 39-Jährige nach Nördlingen, um hier ihr Leben aufzubauen. Sie hatte zu diesem Zeitpunkt bereits eine gescheiterte Ehe hinter sich und wollte neu anfangen. Zunächst lief alles gut, doch dann, vor rund zehn Jahren, wurde Ilona krank. Es folgten mehrere Operationen, die sie zunehmend arbeitsunfähiger

machten. Keiner wollte sie mehr anstellen. Sie musste Hartz IV beantragen.

### Sie pflegt einen Freund – ein Vollzeitjob ohne Bezahlung

Es kam noch dicker. 2013 wurde ihr guter Freund Rico (75) schwer krank, erleidet innerhalb kurzer Zeit einen Herzinfarkt, zwei Schlaganfälle und kann seitdem nicht mehr selbstständig laufen. Ilona nahm ihn zu sich auf, da er sonst niemand hat. „Ein Freundschaftsdienst“, sagt sie. Nun pflegt sie ihren Mitbewohner rund um die Uhr und kann deshalb auch keine Nebenjobs mehr annehmen.

Morgens um acht geht ihr Tag los. Ilona gibt Rico seine Tabletten und Spritzen, bereitet ihm das Frühstück zu, um ihn anschließend zu waschen und zu rasieren. „Wir kennen uns schon so lange, da habe ich keine Berührungsgänge mehr“, sagt sie. Während Rico fernsieht, macht Ilona den ganz normalen Haushalt: Putzen, Waschen, Einkaufen und Mittagessen kochen. Nach dem Essen gibt es für Rico wieder Tabletten und Spritzen gefolgt von einer Stunde Lauftraining und verschiedenen Terminen bei Therapeuten und Ärzten. Ilona ist immer dabei, auch bei Ricos Klogängen. Doch die demütigendste Situation ist für sie der wöchentliche Gang zur Tafel. „Da schäme ich mich richtig für“, sagt Ilona. Abends dann wieder das selbe Programm: Brotzeit zubereiten, Tabletten und Spritzen verabreichen. Erst dann hat Ilona auch mal Zeit für sich. Meistens ist sie aber zu erschöpft, um diese Zeit dann auch richtig zu nutzen.

„Ich lese höchstens ein bisschen oder treffe mich mit Freunden.“ Das kommt selten vor. Und nachts geht die Arbeit weiter: Wenn Rico klingelt, muss Ilona parat stehen. Ein 24-Stunden-Job also – ganz ohne Bezahlung. Das alles hat Spuren hinterlassen. Ilona leidet mittlerweile an schweren Depressionen, ist fertig mit den Nerven: „Ich habe große Angst vor der Zukunft, Angst vor dem alleine sein, wenn Rico mal sterben sollte.“ Die letzten zwei Tage seien wieder ganz schlimm gewesen. Da hätte sie am liebsten alle Fensterläden zugeklappt, sich in der Dunkelheit ihrer Wohnung versteckt und die Decke über sich runtergezogen.

### Die junge Generation und die Rente? Das sieht düster aus

Sie nimmt Antidepressiva, diese wirken aber nicht immer. Eigentlich bräuchte sie dringend eine Kur oder wenigstens ein paar Tage Erholung. „Aber ich kann nicht weg. Ich habe schließlich einen kranken Menschen zuhause“. Und natürlich fehlte es ihr dazu auch an Geld. Ein bisschen wütend ist Ilona allerdings auch auf sich selbst. „Ich hätte mir in jungen Jahren was auf die Seite legen sollen.“

Aber wer macht das schon in seiner jugendlichen Leichtigkeit? Heute bereue ich es.“ In fünf Jahren ist Ilona Rentnerin – für sie eine Horrorvorstellung. „Wie soll ich mit 300 Euro monatlich auskommen? Was ist, wenn ich mal Pflege brauche? Wer ist dann für mich da?“ Die Antworten darauf weiß Ilona nicht. Sie sagt: „Es kann für mich nicht mehr viel kommen im Leben. Es wird höchstens schlimmer werden.“ Das Rentenniveau, fordert sie, müsse sich ändern.

Günter Wernhard, Ortsvorsitzender des VdK Nördlingen, bezeichnet die Situation der künftigen Rentner als „alles andere als rosig“. Laut Wernhard sind 17 Prozent der über 65-Jährigen in Bayern direkt von Armut gefährdet. Diese Zahl soll in den nächsten Jahren radikal ansteigen. Viele steigen immer später ins Berufsleben ein, die Zahl der berufsbedingten Krankheitsausfälle nimmt zu. Laut Klaus Zimmermann vom Landratsamt Donau-Ries gibt es bereits 450 Familien im Landkreis, die eine Grundsicherung benötigen.

„Die Dunkelziffer ist aber wesentlich höher, da auch viele im Kreis der Familie finanziell unterkommen“, sagt Zimmermann. Als altersarm gilt man in der Statistik dann, wenn man weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens erhält. In Deutschland bekommen Rentner nach Angaben der Rentenversicherung derzeit 959 Euro im Durchschnitt ausgezahlt. In Bayern kriegen Männer 1035 Euro im Monat, während die Frauen durchschnittlich 539 Euro erhalten. „Viele Frauen sind aufgrund ihrer Tätigkeit im Haushalt besonders betroffen.“

Dies ist eine Folge der landwirtschaftlich geprägten Strukturen in Bayern“, erklärt Wernhard. Er sagt, er „sehe schwarz“ für die junge Generation. „Ich möchte nicht mit meinen Enkelkindern tauschen.“ Auch er fordert daher die Politik zum Handeln auf. Die Renten müssten angepasst werden und die Kürzungen wegfallen. Die Absenkung des Rentenniveaus müsse endlich gestoppt werden.

Sollte es Änderungen im Rentensystem geben, kommen diese für Ilona wohl zu spät. Sie braucht jetzt finanzielle Unterstützung und nicht erst in zwei bis drei Jahren. „100 Euro mehr im Monat wären schon eine Riesenhilfe.“ Sie schlürft ihre Tasse Kaffee leer und macht sich auf den Weg nach Hause. Daheim wartet Rico. Sie lässt sich den Kaffee nicht bezahlen. Dazu ist sie zu stolz. Zwei Euro hat der Kaffee gekostet. Für manche Menschen ein Klacks, für Ilona ein kleines Vermögen.

*Abdruck mit freundlicher Genehmigung  
der Augsburgener Allgemeine Zeitung.*



**DIE TAFELN**  
Essen, wo es hingehört



Foto: Deutsche Tafel e. V. / Dagmar Schwelle

## Wenn das Geld nicht mehr fürs Essen reicht

**Jeden** Tag fallen in Deutschland enorme Mengen Lebensmittel an, die – obwohl qualitativ einwandfrei – im Wirtschaftskreislauf nicht mehr verkauft werden können. Lagerbestände, Retouren, Produkte mit nahendem Mindesthaltbarkeitsdatum, Überproduktionen, Produkte mit kleinen Schönheitsfehlern etc.

Die zumeist ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer der Tafeln sammeln diese überschüssigen Lebensmittel im Handel und bei Herstellern ein und verteilen diese an Menschen, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Es sind von Langzeitarbeitslosigkeit Betroffene ebenso wie Menschen, deren Arbeitseinkommen kaum für den Lebensunterhalt reicht. Zudem sind immer häufiger Kinder und Jugendliche von Armut bedroht sowie Seniorinnen und Senioren mit niedrigen Renten.

Indem sie qualitativ einwandfreie Lebensmittel vor der Vernichtung bewahren, schaffen die Tafeln einen Ausgleich zwischen Überfluss und Mangel. Neben dem sozialen Ausgleich sind Nachhaltigkeit und Res-

sourcenschonung wichtige Aspekte der Tafel-Arbeit. In Bayern unterstützen rund 7.000 Ehrenamtliche in 169 Tafeln weit über 200.000 Menschen, darunter etwa ein Drittel Kinder und Jugendliche.

Die Lebensmittelspenden der Tafeln sind eine ergänzende Hilfe, sie decken nicht den wöchentlichen Lebensmittelbedarf der Betroffenen. Denn: Die Tafeln können nur das weiterreichen, was sie selbst gespendet bekommen. Und das sind vor allem Waren, die einen schnellen Durchlauf in den Geschäften haben: Obst, Gemüse, Brot- und Backwaren, Milchprodukte. Produkte mit langer Haltbarkeit wie Nudeln, Reis, Konserven oder Marmelade werden aufgrund ihrer guten Lagerfähigkeit weniger häufig gespendet. Tafeln können daher nie die ganze Bandbreite von Lebensmitteln anbieten.

### Die Lebensmittelspenden bewirken vor allem dreierlei:

- 1) Da es sich vorwiegend um Obst, Gemüse, Milchprodukte und Backwaren handelt, leisten die Tafeln einen Beitrag zu einer ausgewogenen Ernährung.

- 2) Sie verschaffen den Tafel-Nutzer\*innen einen kleinen, aber wichtigen finanziellen Spielraum, z.B. für ein Kleidungsstück, einen Besuch mit den Kindern im Zoo, ein Buch oder ein Geschenk für einen Freund. Dies eröffnet den betroffenen Menschen Chancen für mehr soziale Teilhabe.
- 3) Die Tafeln sind Orte der Kommunikation und Begegnung zwischen Menschen mit den unterschiedlichsten Lebens- und Berufserfahrungen. Hier werden Kontakte geknüpft, Informationen mit Helfern oder anderen Betroffenen ausgetauscht (z.B. über Hilfsangebote der Wohlfahrtsverbände und anderer gemeinnütziger Initiativen). In vielen Tafeln engagieren sich Bedürftige selbst als ehrenamtliche Helferinnen und Helfer.

### Jeder gibt, was er kann

Die Tafeln sind eine der größten sozialen Bewegungen der vergangenen Jahrzehnte. Nach dem Motto „Jeder gibt, was er kann“ engagieren sich rund 60.000 Menschen in ganz Deutschland ehrenamtlich für die Tafeln. Mitmachen kann jeder: ein paar Stunden am Tag, in der Woche, im Monat – so wie es die persönlichen Möglichkeiten zulassen.

Die Tafeln und der Bundesverband finanzieren sich in erster Linie über private Spenden. Darüber hinaus erhalten sie Sachspenden in Form von Lebensmitteln, Gutscheinen oder fachlichem Know-how. Bundesweit unterstützen tausende Betriebe und Unternehmen die Tafeln: Bäckereien, Fleischereien und Supermärkte spenden Lebensmittel, Kfz-Werkstätten reparieren Tafel-Fahrzeuge, Grafiker und Druckereien erstellen Informationsmaterial.

### Machen Sie mit!

Ohne das Engagement ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer wären die Tafeln in Deutschland undenkbar.

Über 60.000 Freiwillige spenden Tag für Tag ihre Freizeit und ihren Elan für die Tafel-Idee: beim Sammeln, Sortieren und bei der Ausgabe von Lebensmitteln, im Lager, in der Verwaltung, als externer Berater, bei der Organisation von Veranstaltungen, bei der Gestaltung von Informationsmaterial, als Übersetzer und als Reinigungskraft. Möglichkeiten gibt es viele.

Weitere Informationen erhalten Sie bei einer Ihrer nächsten Tafel oder beim Bundesverband Deutsche Tafel e.V.

[www.tafel.de](http://www.tafel.de)



Anzeige -



## Sicher umsorgen. Die beste Empfehlung. Funk.

Versicherungsmanagement für Einrichtungen der Wohlfahrtspflege,  
Hilfsorganisationen und öffentlich-rechtliche Einrichtungen in Bayern

Mehr zum Thema: [funk-gruppe.com/humanitas](http://funk-gruppe.com/humanitas)



Kontakt  
Rüdiger Bexte  
Thomas Ollech  
fon +49 89 54 46 81 30

# „Patenschaften für Integration.“

## Wie Unternehmen den sozialen Zusammenhalt stärken

Wie können Unternehmen Patenschaften – auch für Geflüchtete – fördern, und was ist dabei zu beachten? Die Handreichung von UPJ gibt einen Einblick über Möglichkeiten, wie sich Unternehmen im Rahmen von Patenschaften gesellschaftlich engagieren können und bietet Tipps und Praxiserfahrungen, wie das Engagement für Patenschaften gelingt: Wer sind die richtigen Ansprechpersonen vor Ort? Welche sind die gängigsten Patenschaften und wichtigen Rahmenbedingungen und was ist beim Management des Engagements und von Corporate Volunteering in Patenschaften zu beachten?

Die Handreichung beschreibt sieben Ansatzpunkte und konkrete Beispiele – vom einfachen Einstieg bis zur strategischen Entwicklung des Engagements für Patenschaften – sowie die wichtigsten Praxisschritte für Unternehmen kurz und knapp. Gleichzeitig unterstützt die Handreichung auch gemeinnützige Organisationen dabei, mit Unternehmen zu diesem Thema ins Gespräch zu kommen und sie für ein Patenschafts-Engagement zu gewinnen. Zahlreiche Praxisbeispiele mittelständischer und größerer Unternehmen veranschaulichen die möglichen Engagements und runden die Handreichung inhaltlich ab.

Aktuell finden Sie Informationen zur Handreichung auf der UPJ-Startseite: [www.upj.de](http://www.upj.de)  
später hier: <http://bit.ly/2y20Pkg>

sowie auf den Seiten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: [www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/mehr-als-20-000-patenschaften-in-der-fluechtlingshilfe/112738](http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/mehr-als-20-000-patenschaften-in-der-fluechtlingshilfe/112738) und <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/patenschaften/96626>



### Patenschaften für Integration.

Wie Unternehmen den sozialen Zusammenhalt stärken

Gefördert vom:



**UPJ**

unternehmen. verbinden. gestalten

**\*save the date\***

**Dienstag 13. März 2018 | München**

## Psychisch auffällig am Arbeitsplatz

Strategie zum guten Umgang mit leistungsveränderten oder psychisch belasteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

### Zielgruppe:

Einrichtungsleiter/in,  
Pflegedienstleiter/in,  
Pflegedirektor/in,  
Stationsleiter/in,  
Wohngruppenleiter/in,  
Praxisanleiter/in,  
Qualitätsbeauftragte/r



**CARITAS**  
GEMEINSCHAFT

FÜR PFLEGE- UND SOZIALBERUFE  
BAYERN E.V.

[www.caritas-gemeinschaft-bayern.de](http://www.caritas-gemeinschaft-bayern.de)

## Das Müttergenesungswerk stellt Zahlen und Fakten für 2016/17 vor

Das Müttergenesungswerk (MGW) stellte Anfang Oktober 2017 im Rahmen der Jahrespressekonferenz in Berlin die aktuellen Zahlen und Fakten zur Müttergesundheit vor. Die Unterstützung von belasteten Frauen, die Kinder erziehen, die Hausarbeit erledigen, teils zusätzlich Angehörige pflegen und oftmals berufstätig sind, ist eine gesellschafts-

politische Aufgabe. „Es fehlt an gesellschaftlicher Wertschätzung und oftmals auch am eigenen Selbstwertgefühl. Beide Komponenten sind aber wichtig, um Mütter stark zu machen“, so Elke Büdenbender, Schirmherrin des MGW.

Ausführliche Infos finden Sie auf:

[www.muettergenesungswerk.de](http://www.muettergenesungswerk.de)

## ConSozial 2018: Themenvorschläge jetzt einreichen

Der Startschuss für die Sammlung der Themenvorschläge zum Jubiläumsjahr der ConSozial ist gefallen: Ab sofort dürfen Sie Ideen für den Kongress der 20. ConSozial am 07./08. November 2018 mitteilen. Welches Thema darf auf keinen Fall fehlen? Welche Referentinnen

und Referenten sollte man für die ConSozial 2018 gewinnen? Wer möchte selbst mit seinem Wissen und seiner Präsenz als Vortragende/r die ConSozial bereichern? Einfach den Themenvorschlagsbogen auf [www.consozial.de](http://www.consozial.de) ausfüllen und per Email an [info@consozial.de](mailto:info@consozial.de) senden.

## Inklusionslandkarte

### Projekte, Expert\*innen, Sportangebote finden und einstellen

Inklusion bewegt Deutschland! Ganz Deutschland diskutiert darüber, wie die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, wie eine inklusive Gesellschaft aussehen kann und soll.

Es gibt viele unterschiedliche Wege, sich mit Inklusion zu befassen. Es gibt viele unterschiedliche Sichtweisen, was Inklusion genau ist. Und es gibt viele unterschiedliche Wege, das gemeinsame Ziel zu erreichen. Eine inklusive Gesellschaft ist eine vielfältige und bunte Gesellschaft.

Diese Vielfalt wird auf der Inklusionslandkarte dargestellt. Hier erscheinen Institutionen, Organisationen, Verbände, Projekte und Sportangebote, die sich mit dem Thema Inklusion beschäftigen und sich auf den Weg gemacht haben, inklusiv zu werden. Zusätzlich können sich Fachleute eintragen, die als Referent\*innen

oder Ansprechpartner\*innen für Inklusion zur Verfügung stehen.

Die Inklusionslandkarte wird von der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen betrieben. Die Beauftragte ist der Überzeugung, dass Inklusion uns alle angeht. Mit der Inklusionslandkarte bietet sie eine Plattform an, die zum Austausch anregen soll.



25. November  
NEIN zu Gewalt an Frauen

frei leben

ohne gewalt

TERRE DES FEMMES  
[www.frauenrechte.de](http://www.frauenrechte.de)

Am 25. November 2001 ließ Terre des Femmes zum ersten Mal die Fahnen wehen, um ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen zu setzen. Seither wehen die Fahnen und Banner jedes Jahr! Zahlreiche Frauenbeauftragte, Verbände und Ministerien greifen die Aktion auf und tragen sie weiter.

Am 25. November 2017 wird in vielen Städten und Gemeinden bundesweit mit Filmvorführungen, Vorträgen und anderen Veranstaltungen auf den internationalen Tag „NEIN zu Gewalt an Frauen!“ aufmerksam gemacht. und setzt damit

Terre des Femmes will mit der Fahne „frei leben – ohne Gewalt“ ein weithin sichtbares Zeichen gegen tägliche Gewalt an Mädchen und Frauen setzen.



## Energiearmut – ein wachsendes Problem für Menschen mit geringem Einkommen

Foto: Uwe Schlick pixelio.de

**Der** Anstieg der Energiepreise in Deutschland und die damit einhergehende finanzielle Belastung für Haushalte mit geringem Einkommen löste vor mehreren Jahren eine (sozial-)politische Debatte über die Sozialverträglichkeit der Energiewende aus. Für Haushalte mit geringem Einkommen führen die Preissteigerungen zu einer überproportionalen Belastung des Haushaltsbudgets. Viele von ihnen sind nicht, oder nur mit großer Mühe, in der Lage, die höheren Energiekosten zu tragen. Das kann zu unfreiwilligen Energieeinsparungen (z.B. Verzicht, die Wohnung angemessen zu heizen) einer Ver- oder Überschuldung führen, im schlimmsten Fall werden Strom und Heizung vom Energieanbieter gesperrt.

Die Fachöffentlichkeit verwendet dafür den Begriff „Energiearmut“. Auch wenn bisher eine exakte Begriffsdefinition für Deutschland fehlt, ist das Problem offensichtlich. Die Bundesnetzagentur hat ermittelt, dass im Jahr 2015 deutschlandweit rund 360.000 Stromsperrungen erfolgten.

Im SGB II- und SGB XII-Leistungsbezug werden die Heiz- und Warmwasserkosten in angemessener Höhe vom Leistungsträger im Rahmen der Kosten der Unterkunft übernommen. Die Ausgaben für Haushaltsstrom sind dagegen Bestandteil des Regelsatzes im SGB II bzw. im SGB XII. Im Jahr 2017 betragen die im Regelsatz enthaltenen Stromkosten für einen Einpersonenhaushalt im SGB II monatlich 34,50 Euro. (Aufteilung nach EVS-Abteilung des Regel-Bedarfs 2017 auf Basis

der BT-Drs 17/3404 bzw. RBEG 2017-E). Geht man von einem durchschnittlichen Verbrauch von 125 kW/h pro Monat (bzw. 1.500 kW/h pro Jahr) aus, dann würde man z. B. bei den Stadtwerken München (SWM) dafür monatlich 44,05 Euro inklusive Grundgebühr zahlen.

Das sind monatlich 9,55 Euro mehr, als der Regelsatz aktuell vorsieht. Auf diese Diskrepanz haben die Wohlfahrtsverbände und der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge, die Verbraucherzentralen sowie weitere soziale Organisationen in Stellungnahmen an die Bundesregierung hingewiesen, und eine Erhöhung des Regelsatzes oder die volle Übernahme der Stromkosten im Regelsatz gefordert.

Auch was die Haushaltsgeräte betrifft, geht der Bundesgesetzgeber von extrem niedrigen Beschaffungskosten für Kühlschränke, Gefrierschränke und -truhen aus. Das Regelbedarfsermittlungsgesetz berücksichtigt dafür etwa 20 Euro jährlich. Das bedeutet, dass für den Kauf einer günstigen energieeffizienten Kühlgefrierkombination (ca. 160 Liter) in Höhe von ca. 200 Euro eine Ansparzeit von etwa 10 Jahren notwendig wäre. Aus fachlicher Sicht sollte für diese Anschaffungen – wie ehemals im Bundessozialhilfegesetz – ein Rechtsanspruch auf notwendige einmalige Leistungen bestehen.

Nicht nur in München sind Haushalte mit geringem Einkommen auf das Angebot an Wohnungen im unteren Preissegment angewiesen, die in der Regel keine hohen energetischen Standards haben. Nach einer

energetischen Modernisierung kann der Vermieter bis zu 11 Prozent der Investitionskosten auf die jährliche Kaltmiete umlegen (§ 559 BGB). Für Haushalte mit geringem Einkommen können energetische Sanierungen der Wohngebäude deshalb dazu führen, dass die Wohnung langfristig nicht mehr bezahlbar ist. Daher sollte eine Reform der Regelung in § 559 BGB in Erwägung gezogen werden. Ziel dabei wäre es, die Belastungen aus Modernisierungen für Mieter deutlich zu reduzieren.

Auch individuelle Verhaltensänderungen sind ein Ansatz, um Energiekosten zu senken. Die Stadtwerke München haben etwa festgestellt, dass durch Energieberatung von Haushalten mit geringem Einkommen deren Stromverbrauch um ca. 7 Prozent sinkt. Die Deutsche Energieagentur Dena mit ihrer Initiative Energieeffizienz Privater Haushalte geht sogar davon aus, dass durch verändertes Nutzungsverhalten bis zu 25 Prozent der Energie eingespart werden können.

Doch zahlreiche Kommunen wie z. B. Nürnberg, München und Frankfurt wie auch die Wohlfahrtsverbände haben die zunehmende Bedeutung der Entwicklung im Energiesektor für die soziale Lage bereits seit Jahren erkannt und eine Reihe von Projekten ins Leben gerufen. Dazu gehört insbesondere eine kostenfreie Energieberatung in Haushalten einkommensschwacher Menschen. Darüber hinaus werden durch das „Integriertes Handlungsprogramm Klimaschutz in München“ (IHKM) und den „Klimaschutzaktionsplan“ neue Impulse für eine sozialverträgliche und nachhaltige Energiewende in München gesetzt. Zu den Aktivitäten des IHKM zählt die sozial und ökologisch orientierte Hausverwaltung im öffentlich geförderten Wohnungsbau. Sie soll das Bewusstsein der Hausgemeinschaft für nachhaltiges und ökologisches Verhalten im Umgang mit Energie, Abfall u. a. schärfen und zur Einsparung von Nebenkosten führen.

## Fazit

Die Energiewende berücksichtigt derzeit noch nicht ausreichend die Folgen für Haushalte mit geringem Einkommen, die sich steigende Energiepreise und höhere Mietpreise durch energetische Sanierungen kaum leisten können. Auf die soziale Dimension der Energiewende hat die von der Bundesregierung ins Leben gerufene Ethik-Kommission „Sichere Energieversorgung“ aufmerksam gemacht, die bei der Ausgestaltung der Energie- und Klimapolitik eine Balance zwischen wirtschaftlicher Leistungskraft und Umwelt- und Sozialverträglichkeit empfiehlt und anregt, die sozialen Fragen bei der Ausgestaltung klimapolitischer Instrumente stärker in den Mittelpunkt zu rücken.



**Barbara Schmid**



**Klaus Hofmeister**

Fachstelle Armutsbekämpfung im Amt für Soziale Sicherung  
des Sozialreferates der Landeshauptstadt München

E-Mail: [schuldnerberatung.soz@muenchen.de](mailto:schuldnerberatung.soz@muenchen.de)

## Impressum

*Bayerische Sozialnachrichten*  
Zeitschrift der Landesarbeitsgemeinschaft  
der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in  
Bayern (ISSN 1617-710X)

### Herausgebende

Thomas Eichinger, Vorsitzender  
Johanna Rumschöttel, Stellvertr. Vorsitzende  
Hendrik Lütke, Geschäftsführer  
Verlag: Landesarbeitsgemeinschaft der öffentli-  
chen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern  
Nördl. Auffahrtsallee 14, 80638 München  
Telefon 089/153757- Telefax 089/15919270  
E-Mail: [LAGoefW-Bayern@t-online.de](mailto:LAGoefW-Bayern@t-online.de)  
Internet: [www.lagoefw.de](http://www.lagoefw.de)

### Redaktion und Anzeigen

Hendrik Lütke (verantwortlich)  
Nördl. Auffahrtsallee 14 | 80638 München

Gültig ist die Anzeigenpreisliste vom 1.1.2016.  
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Mei-  
nung des Verfassers wieder. Nachdruck nur unter  
Quellenangabe gestattet.

### Redaktionsschluss

der Ausgabe 5/2017: 17.11.2017  
Die *Bayerischen Sozialnachrichten*  
erscheinen in jährlich fünf Ausgaben  
mit Beilage der Zeitschrift „Pro Jugend“.



Dieses Projekt wird gefördert durch:  
Bayerisches Staatsministerium für  
Arbeit und Soziales, Familie und Integration

// Zukunftsministerium  
Was Menschen berührt.

### Abonnementpreis

incl. Versandkosten u. Mehrwertsteuer  
24,30 Euro pro Jahr. Kündigung des  
Jahresabonnements schriftlich bis sechs  
Wochen zum Jahresende. Bei Abon-  
nenten, die am Lastschriftverfahren  
teilnehmen, wird der Jahresbetrag ohne  
Rechnungsstellung eingezogen.

### Layout und Produktion:

Inge Mayer Grafik & Werbung  
Amundsenstr. 8,  
85055 Ingolstadt  
Tel. 0841/456 77 66  
Email: [ingemayer@t-online.de](mailto:ingemayer@t-online.de)

Druck: Jugendwerk BirkenecK  
BirkenecK, 85399 Hallbergmoos

Ulrich Schneider

## Kein Wohlstand für alle!?

Wie sich Deutschland selber zerlegt und was wir dagegen tun können

Westend Verlag | 1. Auflage (02/2017)

Taschenbuch: 240 Seiten | 18,00 Euro

ISBN-10: 3864891612

ISBN-13: 978-3864891618



„Wohlstand für alle“ lautet seit Ludwig Erhard das zentrale Versprechen aller Regierungen. Tatsächlich jedoch werden seit Jahrzehnten die Reichen immer reicher, während immer größere Teile der Mittelschicht abgehängt werden. Deutschland fällt auseinander – sozial, regional und politisch. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen für alle kann längst keine Rede mehr sein. Das ist weder Zufall noch Schicksal, sondern Ergebnis einer Politik, die sich immer stärker einem modernen Neoliberalismus verpflichtet sieht. Als Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes weiß Ulrich Schneider genau wovon er spricht. Schonungslos dokumentiert er, wie es um die soziale Gerechtigkeit und den gesellschaftlichen Konsens in Deutschland wirklich bestellt ist. Und er stellt die wesentlichen Fragen: Wie es möglich ist, dass in einer Demokratie eine Politik Mehrheiten finden konnte, die wenige Reiche privilegiert, aber breite Bevölkerungsschichten benachteiligt, und die damit für immer größere Ungleichheit und Ungerechtigkeit sorgt? Schneider ist überzeugt: Es geht auch anders. Er zeigt, wo Sozial- und Steuerreformen ansetzen müssen, um den Wohlstand gerecht zu verteilen und die soziale Einheit dieses Landes wieder herzustellen.

Wolfgang Sartorius

Hans-Ulrich Weth (Hg.)

## Rechtsstaat, Markt und Menschenwürde: Herausforderung Armut und Migration

Taschenbuch: 140 Seiten | 19,- Euro

Lambertus Verlag (1. Oktober 2016)

ISBN-10: 3784128742

ISBN-13: 978-3784128740



Gegenwärtig sieht sich der „aktivierende Sozialstaat“ mit großen Herausforderungen konfrontiert: Gefahr der Zementierung sozialer Ungleichheit, Verfestigung von Armut, Ausgrenzung, prekärer Beschäftigung und Langzeitarbeitslosigkeit, dramatische Unterversorgung mit bezahlbaren Wohnungen in Ballungsgebieten, wachsende Zuwanderung. Nicht nur die soziale Polarisierung nimmt deutlich zu, auch zwischen den Regionen in Deutschland wie auch in Europa vertiefen sich die Gräben.

Im Kontext der europäischen Binnenwanderung werden die Grundsätze der Freizügigkeit und Gleichbehandlung wieder häufiger in Frage gestellt.

Die Beiträge dieses Sammelbandes liefern aus unterschiedlichen fachlichen Blickwinkeln und professionellen Zusammenhängen Analysen und Impulse.

- Anzeige -



## WIR ZIEHEN AN EINEM STRANG

Partner der Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern

- Versicherungslösungen, Risikominimierung und Schadenbetreuung
- Gestaltung von Altersvorsorgelösungen
- Versicherungsstelle für Menschen mit Behinderung und chronisch Kranke  
[www.versicherungsstelle-ccb.de](http://www.versicherungsstelle-ccb.de)

Ecclesia Versicherungsdienst GmbH • UnionVersicherungsdienst GmbH  
Klingenbergstraße 4 • 32758 Detmold • Telefon +49 (0) 5231 603-0 • Telefax +49 (0) 5231 603-197  
[info@ecclesia.de](mailto:info@ecclesia.de) • [www.ecclesia.de](http://www.ecclesia.de) • [info@union-verdi.de](mailto:info@union-verdi.de) • [www.union-verdi.de](http://www.union-verdi.de)

## „Trau-Dich“: Kindergartenkinder leisten Erste Hilfe

### Bayerisches Jugendrotkreuz stellt runderneueres Programm für Ersthelfer ab vier Jahren vor

**Bayerisches Rotes Kreuz.** „Können Kindergartenkinder Erste Hilfe leisten?“ Auf diese Frage antwortet das Bayerische Jugendrotkreuz mit dem neuen „Trau-Dich“-Programm für Kinder ab 4 Jahren. Unter dem Motto „Keiner ist zu klein, um Helfer zu sein!“ lernen die Jüngsten mithilfe der Handpuppen Solfi und Rino die wichtigsten Grundbegriffe zur Ersten Hilfe. Das Konzept setzt vor allem auf spielerisches Entdecken. Die beiden Handpuppen erleben viele spannende Abenteuer und erklären ganz nebenbei wie man Wunden versorgt, Quetschungen behandelt oder wie ein Notruf funktioniert. Das Programm steht jetzt in kompletter Neuauflage für bayerische Kindergärten und Kindertagesstätten zur Verfügung.

Was sich hinter dem Begriff „Erste Hilfe“ verbirgt, können Kinder bayerischer Kindergärten und Kindertagesstätten künftig selbst herausfinden. Ab sofort steht das aktuelle „Trau-Dich“-Programm des Bayeri-

schen Jugendrotkreuzes für die praktische Umsetzung in Kindergärten und Kindertagesstätten bereit. Damit wird Erzieherinnen und Erziehern, Kinderpflegenden, Gruppenleitenden und Erste-Hilfe-Ausbildenden ein lebendiges, runderneueres Tool an die Hand gegeben, mit dem es gelingt, Kinder ab 4 Jahren völlig spielerisch an das Thema Erste Hilfe heranzuführen. Das Programm will außerdem die sozialen Kompetenzen der Kinder stärken und die Gesundheitserziehung unterstützen.

#### Über das Bayerische Jugendrotkreuz

Das Bayerische Jugendrotkreuz (BJRK) ist der eigenständige Kinder-, Jugend- und Nachwuchsverband (über 106.000 ehrenamtliche Mitglieder) des Bayerischen Roten Kreuzes und anerkannter Träger der freien Jugendhilfe. Die Rotkreuz-Grundsätze und die Erste Hilfe sind beim Jugendrotkreuz Programm. Wir helfen – das verbindet. Und das



seit 1947. Ob Schulsanitätsdienste, Kampagnen oder Ferienfreizeiten: Das Bayerische Jugendrotkreuz setzt sich für ein friedliches Zusammenleben ein, erhebt die Stimme für Kinder und Jugendliche in Not, macht sich stark für Gesundheit, Umwelt und das Humanitäre Völkerrecht und mischt bei jugendpolitischen Entscheidungen mit. Weitere Informationen zum BJRK und zu lokalen Gruppen finden Sie unter [www.jrk-bayern.de](http://www.jrk-bayern.de).

Informationen zum neuen „Trau-Dich“-Programm auf [www.jrk-bayern.de/trau-dich](http://www.jrk-bayern.de/trau-dich)



Foto: BRK

## Altersarmut bekämpfen: Paritätischer fordert Reform der Alterssicherung

*Der Paritätische. Einen grundlegenden Kurswechsel in der Alterssicherungspolitik fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband von der nächsten Bundesregierung. In einem 11-Punkte-Programm legt der Verband ein umfassendes Reformkonzept zur Sicherung der Renten und der Verhinderung von Altersarmut vor. Die mit großer Dynamik wachsende Altersarmut sei auch eine Konsequenz der Rentenpolitik seit der Jahrtausendwende. In seiner Analyse zeigt der Verband auf, dass die Wahrscheinlichkeit, im Alter bedürftig zu sein, mit jedem Rentnerjahrgang steigt.*

Auch im Alter ein gesichertes Einkommen zu haben, ist eines der größten Anliegen in der Bevölkerung. Gleichzeitig wächst die Unsicherheit darüber, ob die eigenen Alterssicherungsansprüche ausreichen werden, um im Alter frei von materieller Not zu leben. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung gehen von einem hohen oder gar sehr hohen Risiko aus, im Alter arm zu sein.

Die Sorgen sind berechtigt. Mit dem Abbau der sozialen Sicherung in den vergangenen Jahren, insbesondere mit den Rentenreformen seit 2001, ist die Alterssicherung zunehmend privatisiert und das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung stetig reduziert worden. Das Ziel eines angemessenen Rentenniveaus wurde stabilen Beitragssätzen geopfert. Mit der Riesterrente wurden die Kosten der Alterssicherung teilprivatisiert. Intransparente Vorsorgeprodukte und hohe Bürokratiekosten machen eine Altersvorsorge außerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung unattraktiv und für die

Versicherten selbst unkalkulierbar. Die Zunahme atypischer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse, die vielfältigeren Erwerbsbiografien und die unzureichende Anerkennung von Arbeit und Engagement neben der Lohnarbeit führen dazu, dass die Aussichten auf eine auskömmliche Alterssicherung schwinden. Sozialpolitische Leistungen, um gute Arbeitsverhältnisse zu fördern und Lebensrisiken vorzubeugen, wurden zum Teil gekürzt oder gestrichen. Altersarmut ist bereits heute Realität. Bei keiner anderen Gruppe hat Armut seit 2005 so stark zugenommen wie bei Rentner/-innen und Pensionär/-innen. Mit 15,9 Prozent sind sie mittlerweile überdurchschnittlich von Armut betroffen.

Der Paritätische schlägt in seinem Konzept insgesamt elf konkrete Maßnahmen für den renten- und alterssicherungspolitischen Kurswechsel vor:

1. Mit guter Arbeit und guten Löhnen Altersarmut vorbeugen
2. Alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen.
3. Das Rentenniveau bei 53 Prozent stabilisieren
4. Betriebliche Altersvorsorge wieder paritätisch finanzieren
5. Riester-Rente abschaffen, Zusatzvorsorge in der Rentenversicherung ermöglichen
6. Rente nach Mindestentgeltpunkten einführen
7. Zeiten der Ausbildung, Erziehung und Pflege besser berücksichtigen
8. Versicherungslücken bei Phasen von Erwerbslosigkeit schließen
9. Altersgrundsicherung reformieren

10. Leistungen für Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner verbessern

11. Zwangsverrentung abschaffen, flexiblen Renteneintritt ermöglichen

Eine erfolgreiche Gesamtstrategie muss bereits im Erwerbsleben ansetzen und die gesetzliche Rentenversicherung stärken. Der Paritätische ist überzeugt: Eine solidarische, gerechte und finanzierbare Alterssicherung, die Altersarmut wirksam verhindert und allen Menschen auch im Alter ein sicheres Einkommen bietet, ist nötig und möglich. Mit den richtigen Maßnahmen kann die Alterssicherung wieder zu einer verlässlichen Größe gemacht und der demografische Wandel in einer solidarischen und gerechten Weise gestaltet werden. Was es dazu bedarf, ist Mut zur Korrektur!

Das gesamte Positionspapier finden Sie unter <http://www.der-paritaetische.de/presse/altersarmut-bekaempfen-paritaetischer-fordert-reform-der-alterssicherung/>



## Aktionstag Glücksspielsucht:

### Bis zu 1,2 Millionen Menschen in Bayern von Spielsucht betroffen

**Diakonie.** Auf einen spielsüchtigen Menschen kommen bis zu 20 Angehörige, die unmittelbar oder mittelbar von der Sucht betroffen sind. Darauf hat der Fachverband Suchtkrankenhilfe der Diakonie Bayern anlässlich des Aktionstags Glücksspielsucht im September hingewiesen. „Allein unter den finanziellen Folgen der Sucht leidet die ganze Familie.“, so der Vorsitzende des Fachverbandes, Matthias Emmer. Die psychischen Belastungen führten ebenfalls zu massiven Problemen.

Der Landesstelle Glücksspielsucht zufolge gibt es in Bayern etwa 34.000 Menschen, bei denen von einem pathologischen Spielverhalten gesprochen werden kann, etwa ebenso viele Menschen haben ein problematisches Spielverhalten. Im Vergleich zu 2013 ist die Zahl der Spielsüchtigen im Freistaat um etwa 17 Prozent gestiegen. Damit sind

bis zu 1.2 Millionen Menschen im Freistaat von der Spielsucht und ihren Folgen betroffen.

Das häufigste Glücksspiel ist das klassische Lottospiel (knapp 60 Prozent); Automatenspiele hingegen spielen hingegen deutlich weniger Menschen (knapp ein Prozent). Eine immer größere Rolle spielen Online-Angebote wie Sportwetten oder Internetkartenspiele. Bei Jugendlichen – jeder zweite bayerische Jugendliche gab im Jahr 2012 an, bereits einmal an Glücksspielen teilgenommen zu haben – stehen Rubbel- und Aufreißlose an erster Stelle (ca. 30 Prozent), gefolgt von Karten- und Würfelspielen sowie Spielen im Internet. Nicht erfasst wurden Online-Rollenspiele wie „World of Warcraft“ und andere.

Emmer wies auf das Beratungnetzwerk der Diakonie hin: „Unsere Suchtberatungsstellen sind sowohl

für Menschen offen, die ein belastendes Spielverhalten aufweisen, als auch für ihre Angehörigen.“ Aber auch in anderen Beratungsdiensten wie den Ehe- und Familienberatungsstellen oder der Schuldner- und Insolvenzberatung könnten Betroffene und ihre Angehörigen Hilfe finden.

Als pathologisch gilt ein Spielverhalten unter anderem dann, wenn es nicht gelingt, das Glücksspiel zu kontrollieren oder einzudämmen, wenn das Spielverhalten etwa durch Lügen vertuscht wird oder das Spielverhalten Beziehungen oder den Arbeitsplatz belasten oder gar gefährden. Die Diakonie unterhält Suchtberatungsstellen unter anderem in Hof, Weißenburg-Gunzenhausen, Coburg und Schweinfurt. Die Liste aller Beratungsstellen findet sich im Internet unter

[www.lsgbayern.de](http://www.lsgbayern.de)



Eine Initiative gegen Glücksspielsucht in Bayern von:



Arbeiterwohlfahrt  
Landesverband  
Bayern e.V.



Diakonie  
Bayern



DER PARITÄTISCHE  
BAYERN

## Nicht nachlassen, Armut nachhaltig zu bekämpfen

**Caritas.** Armut ist auch im eigentlich reichen München und in Bayern ein Thema, und die Caritas in Bayern lässt nicht darin nach, hier auch immer wieder hinzuschauen, auf bedenkliche Entwicklungen hinzuweisen und nicht zuletzt konkrete Hilfe für Menschen anzubieten, die unter Armut leiden.

Eine soziale Absicherung ist in unserem Land etabliert. Doch reicht das? Bis jetzt gelingt es nicht hinreichend, im wünschenswerten Maß Armut erfolgreich und vor allem dauerhaft einzudämmen – oder ihr gleich präventiv zu begegnen, was noch besser wäre. Es ist eine einschneidende Erfahrung, sich nicht oder nicht mehr aus eigenen Kräften aus einer Notlage befreien zu können. Wer dann keine Unterstützung hat, wird irgendwann resignieren. Wer keine Hilfe dabei hat, seine Rechte durchzusetzen, oder diese Rechte schlicht nicht kennt, wer aus Scham oder Angst in Armut verharret, dem wird das Zutrauen in die Zukunft sehr wahrscheinlich verloren gehen.

Dabei ist Armut durchaus relativ zu sehen. In Hof beispielsweise ist



das Leben deutlich billiger, als es in den Ballungszentren der Fall ist. Auch in einem relativ gut ausgebauten Sozialstaat werden Armut und Ausgrenzung nie völlig und für alle Zeiten zu überwinden sein. Doch die Sorgen und Nöte der Menschen anzuschauen, sie ernst zu nehmen und nach Ursachen zu forschen, an denen fair und ernsthaft gearbeitet werden kann, das muss unter allen Umständen geschehen. Denn die schlimmsten Verfestiger von Armut sind das Marginalisieren und das Wegschauen, oder das fast schon ritualisierte lamentieren über die Zustände im Land, wenn alljährlich der Armutsbericht erscheint. Auch hier gilt es, genau hinzuschauen, was die Auslöser der Armut sind und wie Armut gemessen wird. Dauerhafte Armut trifft vor allem Langzeit-Arbeitslose, alte Menschen in der Grundsicherung oder mit sehr niedrigen Renten,

arbeitslose Alleinerziehende und Alleinerziehende mit geringem Beschäftigungsumfang. Auch Personen ohne Bildungs- und Berufsabschluss werden häufig abgehängt und haben nur schlechte Chancen. Dabei fällt auf, dass Menschen mit Migrationshintergrund unter den Personen ohne Bildungs- und Berufsabschluss überrepräsentiert sind. Sie arbeiten öfter als Menschen ohne Migrationshintergrund unterhalb ihrer Qualifikation, zählen also auch auffällig oft zu den Geringverdienern. Chancengleichheit sieht anders aus.

Besonders dramatisch ist, dass Armut offenbar auch Generationen überdauern kann und oftmals von Eltern auf ihre Kinder übergeht. Wer aus einem Haushalt stammt, der von Armut betroffen ist, oder aus einem eher bildungsfernen Milieu, hat später deutlich schlechtere Karten, sich Chancen für sein eigenes Leben zu eröffnen, als dies Kinder und Jugendliche aus gut situierten Familien oder einem bildungsbürgerlichen Umfeld haben. Wenn es jedoch in der Bildungs- und Arbeitswelt so schlecht um die Chancengerechtigkeit bestellt ist, steigt bei den Betroffenen das Risiko, dass sich weitere Benachteiligungen häufen: schlechtere Chancen auf dem Wohnungsmarkt etwa, oder prekäre Beschäftigung, die es kaum ermöglicht, selbst fürs Alter vorzusorgen.

Der klare politische Wille zur Armutsbekämpfung und echte Schritte, diesen Willen auch umzusetzen, sind aus den genannten Gründen also nötiger denn je und brauchen Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung. Die Arbeit aber, Armut dauerhaft und nachhaltig zu bekämpfen, bleibt bestehen.



Foto: Gerd Altmann | pixelio

Tobias Uppers

## Niedrigschwelliges Angebot für Tagelöhner



**Arbeiterwohlfahrt.** Die Münchner Landwehrstraße ist unter den Anwohnern der Ludwigsvorstadt besser bekannt als Little Istanbul wegen zahlreicher Läden, in denen Lebensmittel, Spezialitäten, Speisen und andere Waren aus der Türkei angeboten werden. Seit einigen Jahren hat die Straße allerdings eine weitere, weniger schmeichelhafte inoffizielle Bezeichnung: Arbeiterstrich. Dies ist der großen Zahl an Tagelöhnern – vornehmlich junge Männer aus Bulgarien und Rumänien – geschuldet, die entlang der Straße stehen und auf Auftraggeber warten, für die sie meist schwarzarbeiten.

Sie gehören zu einem Heer an Tagelöhnern aus EU-Ländern, die sich in Deutschland vor allem in Großstädten häufig für einen Hungerlohn und ohne Sozialversicherung verdingen. Wie viele es sind, kann keiner beziffern, weil die meisten nicht offiziell angemeldet sind. „Auf jeden Fall viele“, sagt Savas Tetik, Leiter des Infozentrums Migration und Arbeit, das der Kreisverband der Arbeiterwohlfahrt München unweit des sogenannten Arbeiterstrichs in der Sonnenstraße eingerichtet hat; Projektpartner ist „DGB Faire Mobilität“. Ziel ist es, Neuzuwanderer in den Münchner Arbeitsmarkt und in die Münchner Stadtgesellschaft zu integrieren. Eine Initiative, die Schule machen sollte.

Seit Gründung des niederschweligen Angebots im Jahr 2012 haben Tetik und sein Team weit über 2.300 Menschen betreut und insgesamt über 11.000 Beratungen auf Deutsch, Englisch, Türkisch, Rumänisch und Bulgarisch – „Die ‚Flurgespräche‘ nicht mitgerechnet“ – durchgeführt. Das Angebot richtet sich an alle Zuwanderer aus EU-Ländern in prekärer Situation. Es kommen Ratsuchende im Al-

ter zwischen 18 und 55 Jahren, 60 Prozent sind männlich; unter den Tagelöhnern sind sogar 90 Prozent Männer. 329 Menschen haben sich nach Beratung durch das Team des Infozentrums für Integrationskurse angemeldet. Allein im Zeitraum von Januar 2016 bis April 2017 konnten 137 Menschen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse vermittelt werden, davon 44 Frauen und 93 Männer.



Auch wenn viele der sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten im eher bescheiden entlohnten Reinigungssektor sowie in der Hotellerie und obendrein befristet sind, kann sich der Erfolg sehen lassen. Schließlich ist es Ziel des Projekts, Menschen in reguläre Arbeit zu bringen und sie vor Dumpinglöhnen zu schützen. Um das zu erreichen, beraten Mitarbeiter der Bundesagentur einmal wöchentlich im Infozentrum in rumänischer, bulgarischer und englischer Sprache.

In der Regel liegt ein beschwerlicher Weg hinter den EU-Zuwanderern, wenn sie endlich einen Arbeitsvertrag in der Tasche haben. Die Münchner AWO-Berater begleiten sie während dieses Prozesses

nach dem Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe. Wie verhalte ich mich beim Vorstellungsgespräch? Was ist ein Lebenslauf? Wann muss ich eine Krankmeldung einreichen? Wo reiche ich meinen Urlaubsantrag ein? Auf Fragen wie diese geben die Fachkräfte zeitnah Antworten. „Manchmal steht vormittags ein Klient da, der nachmittags einen Job antreten kann – wenn er einen korrekt ausgefüllten Personalbogen mitbringt. Dabei helfen wir“, nennt Tetik ein Beispiel.

Mangelnde oder nicht vorhandene Sprachkenntnisse sind oft der Grund, weshalb eine Arbeitsstelle nicht angetreten werden kann. Deshalb versuchen die AWO-Fachleute ihre Klienten zu Deutschkursen zu motivieren. Tetik: „Für Tagelöhner ist es nicht leicht, so ein Angebot zu absolvieren. Schließlich haben sie keine festen Arbeitszeiten, nicht wenige von ihnen sind wohnungslos.“

Gerade für diejenigen ohne eigene Unterkunft ist es wichtig, dass es in den Räumen des Informationszentrums seit Oktober 2015 ein Beratungscafé gibt. Dort können sie im Internet nach versicherungspflichtigen Arbeitsstellen surfen, einen Tee trinken, mit Landsleuten reden und sich aufwärmen.

Von beiden Angeboten – Informationszentrum und Beratungscafé – erfahren die Ratsuchenden über Tetik, der auch als Streetworker unterwegs ist, sowie Flyer, das Internet und nicht zuletzt Mund-zu-Mund-Propaganda.

*Prof. Dr. Thomas Beyer  
Landesvorsitzender  
der Arbeiterwohlfahrt Bayern*

Fachtag

lagfa bayern e.V.

Landesarbeitsgemeinschaft  
der öffentlichen und freien  
Wohlfahrtspflege in Bayern



## „Gemeinsam geht mehr“

Bürgerschaftliches Engagement  
und gelingende Integration

Montag, 20. November 2017  
10.00 – 16.30 Uhr | Nürnberg

im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen,  
für Landesentwicklung und Heimat

Kaum ein Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements hat in so kurzer Zeit so viele engagierte Bürgerinnen und Bürger an der Zivilgesellschaft teilhaben lassen wie die ehrenamtliche Hilfe für geflüchtete Menschen. Aus schnell gewachsenen Helferkreisen sind vielerorts strukturierte Abläufe und koordinierte engagierte Teams entstanden, welche mit den Organisationen vor Ort kooperieren und gelingende Integration ermöglichen. Aus spontaner Hilfe wurde strukturiertes Engagement. Zum einen, um die Angebote für geflüchtete Menschen zu koordinieren und Ressourcen zu bündeln.

Zum anderen, um Ehrenamtliche zu entlasten und die Prozesse zu verbessern.

Für die Zukunft stellen sich neue Herausforderungen: Wie kann Bürgerschaftliches Engagement langfristig – in Zusammenarbeit mit dem Hauptamt – zur gelingenden Integration beitragen? Wie kann die Motivation aller Beteiligten aufrechterhalten werden? Das sind die Themen, die wir bei unserem gemeinsamen Fachtag in einer Podiumsdiskussion und sechs interessanten Themenforen bearbeiten.

Programm und Anmeldung: [www.lagoefw.de/news/](http://www.lagoefw.de/news/)